

grün journal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

INHALT

Garantiesicherung

Hartz IV soll durch eine grüne Garantiesicherung ersetzt werden. **S. 2**

Tarifbindung

Die Grünen-Fraktion will die Tarifbindung in Bremen und Bremerhaven stärken. **S. 3**

Schulschwimmen

Auf grüne Initiative wird das Schulschwimmen in die zweite Klasse vorverlegt. **S. 4**

Bremerhaven wird entlastet

Die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven werden vom Land entschuldet, damit sie ab 2020 die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten können und finanzielle Handlungsspielräume erlangen. „Das ist ein Meilenstein. Die Vereinbarung sichert Bremerhavens Eigenständigkeit und verschafft beiden Städten die nötige Luft, um die Aufgaben für die BürgerInnen zu erledigen. Für beide Städte ist das Verpflichtung, die Spielräume gewissenhaft zu nutzen“, so Finanzpolitiker Björn Fecker.



Halbe-halbe: Die eine Hälfte der Galopprennbahn bleibt grün und wird für Sport und Naherholung genutzt. Auf die andere Hälfte kommt bezahlbares Wohnen mit viel Grün zwischen den klimagerechten Häusern und wenig Autoverkehr – ohne Hochhäuser, dafür mit Erbpachtgrundstücken für Baugemeinschaften und Genossenschaften. Das ist der Kompromiss-Vorschlag, den die Grünen-Fraktion beim Volksentscheid zur Zukunft des 35 Hektar großen Rennbahnareals zur Abstimmung stellen will. Da beim Volksentscheid über Ortsgesetze abgestimmt wird, hätte dieser Vorschlag eine hohe Verbindlichkeit. Zugleich hätte dieser Kompromiss eine Signalwirkung für weitere Baugebiete: Die Stadt wächst, aber das Grün wächst mit.

„Die Bürgerinitiative will Wohnungen auf der Rennbahn komplett verhindern. In Bremen gibt es aber viele Menschen, die bezahlbaren Wohnraum suchen. Wir wollen angesichts steigender Mieten und Hauspreise auf einer Hälfte des Areals erschwingliche Wohnungen für alle bauen. Hochhäuser an dieser Stelle lehnen wir ab. Die andere Hälfte soll ökologisch aufgewertet werden und für Naherholung sowie Sport dienen. Die schöne Tribüne bleibt erhalten, am besten kommt eine Festwiese davor. Wir leben in Bremen, ein Kompromiss sollte möglich sein“, unterstreicht der stadtentwicklungspolitische Sprecher Robert Bücking.

Ein Positionspapier dazu findet sich unter: www.gruene-fraktion-bremen.de

Hartz IV-Sanktionen rasch stoppen

Die Grünen-Fraktion fordert den mittelfristigen Systemwechsel hin zu einer sanktionsfreien Garantiesicherung, die das Vertrauen in den Sozialstaat stärkt.

In der Debatte um Hartz IV-Sanktionen hat die Grünen-Fraktion in der jüngsten Parlamentssitzung einen Stopp der entwürdigenden und existenzgefährdenden Sanktionen gefordert. Zugleich hat sich die Fraktion dafür ausgesprochen, das Hartz IV-System über Zwischenschritte durch eine neue Garantiesicherung abzulösen. Mit der sanktionsfreien Garantiesicherung wollen die Grünen nebeneinander existierende Sozialleistungen bündeln und den Betroffenen Hilfen aus einer Hand bieten.

„Hartz IV ist zum Schreckgespenst unseres Sozialstaates geworden. Die verhängten Sanktionen können zu Energiesperren oder gar Wohnungslosigkeit führen und die betroffenen Menschen damit in existenzielle Not bringen. Von Sanktionen sind auch Kinder mitbetroffen, schließlich lebt allein in Bremen jedes dritte Kind von Hartz IV-Leistungen. Das Existenzminimum ist ein Grundrecht und darf nicht noch beschnitten werden. Von Sanktionen sind mitunter auch Kinder mitbetroffen. Wir wollen einen Systemwechsel hin zu einer sanktionsfreien Garantiesicherung, die auf Motivation und Unterstützung statt Zwang und Gängelung

setzt. Es geht darum, das Grundvertrauen in den Sozialstaat zu stärken“, betont die sozialpolitische Sprecherin Sahhanim Görgü-Philipp.

In einem ersten Schritt muss der Bund aus grüner Sicht die Sanktionen entschärfen. „Von Sanktionen sind insbesondere junge Menschen unter 25 Jahren betroffen. Sie kehren dem Jobcenter dann oft den Rücken und halten sich mit Schwarzarbeit über Wasser. Das kann nicht sinnvoll sein. Statt sie mit Kürzungen für Meldeversäumnisse zu gängeln, sind individuelle Unterstützung und Augenhöhe für ihre Mitwirkung

entscheidend“, erläutert Sahhanim Görgü-Philipp.

Neben einem Stopp der Sanktionen fordert die Grünen-Fraktion die Kindergrundsicherung, die bedarfsgerechte Neuberechnung der Leistungssätze und verbesserte Hinzuverdienstregeln als weitere Zwischenschritte hin zu einer neuen Garantiesicherung. „Wichtig ist nicht zuletzt, die Auszahlung verschiedener Leistungen von ALG II bis zum Wohngeld zu zentralisieren und die Arbeit der Jobcenter auf Beratung und Qualifizierung zu konzentrieren“, so Sahhanim Görgü-Philipp.





Tarifbindung stärken

Nur noch für knapp 60 Prozent der Beschäftigten im Land Bremen gilt ein Tarifvertrag, gerade mal jeder vierte Betrieb unterliegt einer Tarifbindung. Die Folge: Die Lohnungleichheit nimmt zu, der Niedriglohnsektor wird größer. Trotz Arbeit müssen Menschen aufstockende Leistungen des Staates in Anspruch nehmen. Niedriglöhne führen zudem zu Altersarmut insbesondere von Frauen, die häufig in den betroffenen Branchen arbeiten. Vor diesem Hintergrund drängt die Grünen-Fraktion darauf, die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern und so die Tarifbindung zu stärken. Für die erforderliche Gesetzesänderung auf

Bundesebene soll sich der Senat nun einsetzen.

Tarifverträge sind ein gutes Mittel für soziale Sicherheit und den fairen Wettbewerb, so die arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitische Sprecherin Henrike Müller: „Die Tarifbindung in Bremen und Bremerhaven muss wieder deutlich erhöht werden, um soziale Ungleichheit und Altersarmut zu bekämpfen. Ein wirksames Mittel dafür ist, die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen durch eine Gesetzesänderung zu erhöhen. Tarifverträge bieten für die Beschäftigten ein hohes Maß an Sicherheit. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Gerade in Branchen wie dem

Einzelhandel mit einem hohen Frauen-Anteil ist die Tarifbindung derzeit gering. Die gezahlten Niedriglöhne führen häufig dazu, dass die Betroffenen mit staatlichen Leistungen aufstocken müssen, um von ihrer Arbeit leben zu können. Das ist entwürdigend und hat viel zu oft Altersarmut zur Folge.“

Von der gestärkten Tarifbindung profitieren auch Unternehmen, die derzeit unter Marktverzerrungen durch geringere Kosten der Niedriglohn-Konkurrenz leiden. „Für Unternehmen garantieren allgemeinverbindliche Tarifverträge gleiche Wettbewerbsbedingungen und den Schutz vor Dumpingkonkurrenz“, betont Henrike Müller.

Schwimmen wird vorverlegt

Die Grünen-Fraktion will, dass Kinder in der Schule eher schwimmen und mehr Zeit im Wasser erhalten



Als eine Reaktion auf die gestiegene Anzahl von Badeunfällen drängt die Grünen-Fraktion auf sozial gestaffelte Eintrittspreise für die Bremer Bäder, damit insbesondere auch Kinder aus Familien mit geringem Einkommen frühzeitig schwimmen lernen. Der Senat ist mit einem Antrag der Koalition gefordert, dafür bis April ein Konzept vorzulegen. Dies soll auch aufzeigen, wie sehr der Betriebskostenzuschuss an die Bädergesellschaft dafür erhöht werden muss. Ein weiterer Baustein zur Verbesserung der Schwimmfähigkeit ist, dass das Schulschwimmen auf grüne Initiative von der dritten in die zweite Klasse vorverlegt wird. Möglich ist dies aber erst zum Ende des Schuljahres 2020/21, weil das eine organisatorische Mammutaufgabe ist und zunächst das Kombi-

bad Horn fertiggestellt werden muss. Nicht zuletzt wird die Schwimmfähigkeit von Kindern künftig bei der Schuleingangsuntersuchung abgefragt. Dadurch können Familien zielgenau mehrsprachige Info-Materialien zum sicheren Schwimmen und Hinweise auf Schwimmkurse übermittelt werden. Eltern sollen zudem über eine Info-Kampagne in Kitas und bei KinderärztInnen darauf hingewiesen werden. Schwimmkurse in jungen Jahren schützen am besten gegen Badeunfälle, betont der sportpolitische Sprecher Mustafa Öztürk: „Kinder müssen früh schwimmen lernen. Neben der Verantwortung von Eltern müssen wir aber auch früher mit dem Schwimmunterricht in den Schulen beginnen und dafür mehr Zeit zur Verfügung stellen. Das ist jetzt beschlossene Sache.“

Mehr Einblick in Geldanlagen

Die Grünen-Fraktion will Banken und Versicherungen zu mehr Transparenz bei Geldanlagen verpflichten. Ein entsprechender Antrag ist nun beschlossen. Das Ziel: KundInnen sollen erfahren, ob die Finanzinstitute die ihnen anvertrauten Gelder in erneuerbare Energien oder Kohlekraftwerke, in Mikro-Kredite für Kleinbauern in Schwellenländern oder in Gentech-Agrarkonzerne investieren. „Banken und Versicherungen müssen ihre KundInnen so aufklären, dass sie eine informierte Entscheidung treffen können. Immer mehr Menschen ist neben der Rendite auch wichtig, welche ökologische und soziale Auswirkung ihre Geldanlage hat“, so der Verbraucherschutzpolitische Sprecher Jan Saffe.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen
Tel.: 0421 /3011-0
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
ViSdP: Matthias Makosch
Texte: Matthias Makosch
Fotos: Jürgen Howaldt, iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen